

Prävention ja, Porno nein

Die neue Stopp-AIDS-Kampagne des Bundesamtes für Gesundheit geht für die EVP eindeutig zu weit. Die EVP zieht nun eine Anzeige gegen das BAG in Erwägung, sollte die geplante Plakatkampagne mit Sexszenen von gecasteten Laiendarstellern diesen Sommer durchgeführt werden. Der Einsatz der jährlich 2 Mio. Franken für die AIDS-Prävention muss politisch und ökonomisch einer Evaluation unterzogen werden, fordert die EVP und will deshalb in der nächsten Sommersession einen Vorstoss im Parlament einreichen.

Sexszenen ritzen Strafrecht

Die geplante Plakatkampagne mit Laiendarstellern will diesen Sommer sexuelle Handlungen in der Öffentlichkeit zeigen. Dies verletzt den Art 197 im Strafgesetzbuch, der das verbietet. Im Gesetzestext steht eindeutig, dass Wer pornografische Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, Abbildungen, andere Gegenstände solcher Art oder pornografische Vorführungen einer Person unter 16 Jahren anbietet, zeigt sich strafbar macht. Im Zusammenhang mit der geplanten Plakatkampagne muss gefragt werden, wie das BAG die jüngeren Kinder in der Öffentlichkeit vor diesen Sexszenen schützen will. Dieser Aspekt des Kinderschutzes wurde aus Sicht der EVP bis jetzt noch nicht ausreichend beleuchtet. Offenbar gehen die Macher dieser Kampagne davon aus, dass man diese Sexszenen problemlos auch jüngeren Kindern zeigen kann. Der Videoclip ist bereits jetzt sehr explizit und ritzt zumindest Art 197, auch wenn das im Internet schwer einzugrenzen ist. Die Alterslimite auf Youtube wurde aber durch die direkte Veröffentlichung auf der Lovelife-Seite umgangen. Und das im Auftrag eines Bundesamtes. Wir finden, dass dieses Video keine Alterslimite braucht, dies das BAG auf telefonische Nachfrage hin verlauten. Auch wenn die Bilder und Clips keine Geschlechtsteile zeigen, so werden sie doch von vielen Betrachtern als pornografisch empfunden. Die EVP prüft deshalb, mit einer Klage gegen das BAG vorzugehen.

Geplanter Vorstoss im Parlament

Der Einsatz der jährlich 2 Mio. Franken für die AIDS-Prävention muss politisch und ökonomisch einer Evaluation unterzogen werden, fordert die EVP. Deshalb wird die EVP in der Sommersession einen Vorstoss einreichen. Es stehen Fragen zum Kosten-Nutzenfaktor dieser Kampagne und von der Verteilung von Präventionsgeldern im Raum. EVP-Nationalrätin Maja Ingold: Ich stelle den aktuellen Umfang der AIDS-Prävention in Frage und möchte wissen, wie die Mittelverteilung in verschiedenen gesellschaftlich relevanten Präventionsbereichen verteilt werden. Es kann nicht sein, dass man 2 Mio. Franken ausgibt für die AIDS-Prävention, aber die Suizidprävention keine Mittel vom Bund erhält. Suizid sei immerhin eine der häufigsten Todesursachen von Menschen zwischen 15 und 44 Jahren, betont EVP-Nationalrätin Maja Ingold.

Provokation alleine bringt nichts

Das Argument der Macher, dass man nur noch mit provokanten Bildern die Botschaft transportieren könne, steht der Tatsache gegenüber, dass viele junge Menschen diese Bilder nur als saues Lüftchen empfinden. Provoziert werden damit die Falschen und somit verfehlt die Kampagne ihr eigentliches Ziel. Es stellt sich auch die berechtigte Frage, welche Porno-Dampfwalze bei der nächsten Kampagne zu erwarten ist, wenn man in dieser Logik der Provokation bleibt. Im gesetzlichen Rahmen kann man ganz sicher nicht mehr weiter gehen. Pikant ist in diesem Zusammenhang, dass das BAG die Expertengruppe, die eigens zur Auswertung der 2005er-Kampagne im Auftrag des BAG eingesetzt wurde, übergangen hat. Diese Gruppe von Forschern kam zum Schluss, dass die Verwendung extremer Bildwelten nicht mit einer breiten Akzeptanz vereinbar sei und daher die speziellen Zielgruppen über spezifische Kanäle direkt anzusprechen seien. Doch die offenbar beratungsresistenten Macher dieser Stopp-AIDS-Kampagne entschieden sich für eine noch extremere Bildwelt, dieses Mal mit dem Einbezug von Laien, um den Effekt noch zu verstärken. Das Problem ist dabei auch, dass die starke Ästhetisierung der Sexszenen vom eigentlichen Problem ablenkt. Es findet kein Schock-Effekt auf der Aufklärungsebene statt, der auf die Ernsthaftigkeit der Krankheit hinweisen würde. Dies ist deshalb fatal, weil nirgendwo erwähnt wird, was eine HIV-Infektion und der Ausbruch der Krankheit AIDS immer noch bedeutet: Je nachdem ein lebenslanges Einnehmen eines Medikamenten-Cocktails, inklusive Nebenwirkungen. Doch dies scheint so gar nicht in die rosarote Farbwelt von Lovelife hinein zu passen.

Webseite der EVP: www.evppev.ch

Bern, den 15. Mai 2014/jdr

Für Auskünfte:

Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff-Feller: 079 664 74 57

Nationalrätin Maja Ingold: 079 339 23 22

Generalsekretariat
Nägelligasse 9
Postfach
3000 Bern 7

Tel 031 351 71 71
Fax 031 351 71 02
info@evppev.ch
www.evppev.ch

MEDIENDIENST

Generalsekretariat
Nägeligasse 9
Postfach
3000 Bern 7

Tel 031 351 71 71
Fax 031 351 71 02
info@evppev.ch
www.evppev.ch